Im Kita-Kreisel

Fast nirgends zahlen Eltern so viel für die externe Kinderbetreuung wie in der Schweiz. In der Wintersession entscheidet der Ständerat, ob sich das künftig ändert. Doch obwohl alle den Handlungsbedarf beteuern, steht das Geschäft vor dem Scheitern. Warum tut sich die Schweiz so schwer?

Text: Andrea Kučera
Illustration: Alice Piaggio

Sie sind selten gleicher Meinung. Aber in dieser einen Sache wurden Flavia Wasserfallen (SP), Johanna Gapany (FDP), Andrea Gmür-Schönenberger (Mitte) und Maya Graf (Grüne) Verbündete. Vier Ständerätinnen unterschiedlichen Alters und aus allen Ecken der Schweiz, allesamt Mütter, haben sich zusammengeschlossen für ein gemeinsames Ziel: Eltern sollen weniger für die externe Kinderbetreuung bezahlen.

Es ist ein trüber Montagmorgen Mitte Oktober, an dem sich die Vier zum Kaffee im Restaurant Galerie des Alpes im Bundeshaus in Bern treffen. Draussen verdecken tief hängende Wolken Eiger, Mönch und Jungfrau. Drinnen, im holzvertäfelten Restaurant, sitzen neben den Ständerätinnen nur noch zwei Nationalräte, in einer Ecke wischt eine Putzfrau den Boden. Die Stimmung ist angespannt. In wenigen Minuten beginnt die Sitzung der ständerätlichen Bildungskommission, in der sie alle Mitglieder sind. Auf der Traktandenliste steht das aktuell wohl wichtigste familienpolitische Geschäft: die «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung». «Wirst du den Antrag einreichen?», fragt Flavia Wasserfallen ihre Kollegin Andrea Gmür-Schönenberger. «Ich denke schon.»

Hinter dem sperrigen Titel verbirgt sich die einfache Idee, dass Kinderbetreuung stärker finanziell unterstützt werden soll. Das Ziel: Mütter zurück in den Arbeitsmarkt zu bringen oder dazu, ihre Pensen zu erhöhen. Seit 2003 hilft der Bund, zusätzliche Kita-Plätze zu schaffen, indem er neu eröffnete Betreuungsstätten während maximal zwei Jahren finanziell unterstützt. Bis heute hat er so knapp 480 Millionen investiert und damit fast 77 000 neue Betreuungsplätze geschaffen. Das hat zwar vielerorts dazu geführt, dass Eltern ihre ungeborenen Babys nicht mehr bereits kurz nach dem positiven Schwangerschaftstest auf Wartelisten setzen lassen müssen. Vor allem in den Städten gibt es inzwischen ausreichend Kita-Plätze. Nach wie vor ungelöst ist jedoch das Problem der Bezahlbarkeit.

46 Prozent des durchschnittlichen Einkommens eines Schweizer Haushalts gehen für die Betreuungskosten drauf, wenn – in einem für die Vergleichbarkeit modellierten Vollzeitmodell – beide Elternteile hundert Prozent arbeiten und ihre zwei Kinder an fünf Tagen in der Woche in eine Kita schicken. Im europäischen Vergleich ist das ein Spitzenwert, wie aus einer Unicef-Studie aus dem Jahr 2021 hervorgeht. In Deutschland bezahlen Eltern für die volle Betreuung zweier Kinder im Schnitt gerade einmal 1 Prozent ihres Lohns für die Kinderbetreuung, in Österreich 3 und in Frankreich 17 Prozent.

In der «Galerie des Alpes» sagt Maya Graf: «Für Mütter in der Schweiz bedeutet dies: Arbeiten lohnt sich kaum. Das ist absurd.» Denn in den allermeisten Familien sind es weiterhin die Frauen, die in einem tieferen Pensum tätig sind – und dieses zweite, meist bedeutend kleinere Einkommen wird schnell von den hohen Kita-Kosten aufgefressen.

Vor einigen Jahren entstand darum im Parlament die Idee, nicht nur neue Plätze zu schaffen, sondern auch den Eltern unter die Arme zu greifen: Zwanzig Prozent der mittleren Kosten für einen Betreuungsplatz sollen ihnen abgenommen werden, so der Konsens, auf den man sich im Grundsatz einigen konnte. Kosten würde das rund 700 Millionen Franken jährlich. Die Sache hat nur einen Haken: Niemand will diese 700 Millionen bezahlen. Der Bund verweist auf das Loch in der Bundeskasse und will die Kantone in die Pflicht nehmen. Die Kantone erklären, sie beteiligten sich bereits an den Kita-Kosten, jetzt sei der Bund an der Reihe. Andere sehen die finanzielle Verantwortung bei den Arbeitgeber:innen, diese wiederum wollen zusätzlich die Arbeitnehmenden über Abzüge beim Gehalt zur Kasse bitten. Und so drehte sich das Ganze seit Jahren im Kreis.

Dass es einfach nicht vorwärtsgehen will bei der Kita-Subventionierung verdeutlicht, wer in diesem Land Politik macht: nach wie vor hauptsächlich Männer älteren Semesters, die selbst ungestört ihre Karrieren bauen konnten, während sich ihre Frauen um die Kinder kümmerten, und die sich heute verwundert die Augen reiben: Wo bitte ist das Problem mit der

Dass es nicht vorwärtsgehen will, verdeutlicht, wer hier Politik macht: Hauptsächlich ältere Männer

Vereinbarkeit? Und das Stocken dieses Geschäfts zeigt zudem einmal mehr, wie schwierig es ist, in der Schweiz gesellschaftspolitische Veränderungen durchzubringen.

Dabei sah es vor ein paar Jahren einmal ganz anders aus.

Mehr Frauen für den Arbeitsmarkt

Angefangen hat das Ringen um die Kita-Kosten vor rund sechs Jahren. Damals begann sich abzuzeichnen, dass die Schweiz in einen akuten Fachkräftemangel hineinschlittert. Der Arbeitgeberverband warnte: Weil die Gesellschaft immer älter werde, würden bis 2034 fast eine halbe Million Arbeitskräfte fehlen. Vor diesem Hintergrund bekam die Idee einer stärkeren Kita-Subventionierung – traditionell ein linkes Anliegen – plötzlich auch in wirtschaftsnahen Kreisen Aufwind. Günstigere Plätze gleich mehr arbeitende Mütter, so lautete das Kalkül der Wirtschaftsbosse. Oder um es mit den etwas umständlicheren Worten von Simon Wey zu sagen, Chefökonom des Arbeitgeberverbands: «Die Kita-Subventionierung ist eine der kostengünstigsten Massnahmen, um etwas zur besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials zu tun.»

Und so kam es, dass die Subventionierungsidee langsam mehrheitsfähig wurde. 2021 reichte die Bildungskommission des Nationalrats die parlamentarische Initiative «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» ein. Es war der Beginn eines eigentlichen Politthrillers.

Von Anfang an eine entscheidende Rolle spielten der Frauendachverband Alliance F sowie die Jacobs Foundation. Diese Stiftung mit Sitz in Zürich fördert Bildung und Chancengleichheit von Kindern und Jugendlichen weltweit. Sie finanzierte über Jahre mehrere Studien, die das Zahlen-Fundament für die späteren Diskussionen im Parlament lieferten. Eine dieser Erhebungen rechnete etwa vor, dass bei 21 000 zusätzlichen Kita-Plätzen das Arbeitsvolumen um 9700 Vollzeitstellen steigt, was dem Fachkräftemangel entgegenwirken könnte. Eine andere, diesmal vom Bund bestellte Studie kam zum Schluss, dass ein Drittel der erwerbstätigen Mütter ihr Arbeitspensum erhöhen würde, wenn die Kosten für die externe Kinderbetreuung tiefer wären.

Für diesen Artikel haben wir mit knapp einem Dutzend Müttern und Vätern gesprochen, die ihre Kinder an einem oder mehreren Tagen pro Woche extern betreuen lassen. Alle erzählen von hohen Ausgaben, und die meisten sagen, sie nähmen sie zähneknirschend hin, weil ihnen ihr Beruf, die frühkindliche Förderung oder auch ein möglichst lückenloses Erwerbsleben wichtig sind. Doch rein rechnerisch gehe der Deal oft nicht auf, schreibt ein Vater aus der Stadt Bern auf eine Anfrage per Mail: Wenn er die Kosten für die Kita mit dem nötigen ÖV-Abo und den Verpflegungskosten für die zweitverdienende Person addiere, ebenso mit den zusätzlichen Steuern und den Ausgaben für die Putzkraft, die sie seither mangels Zeit zuhause einsetzten, dann bleibe kaum was übrig vom Zweitverdienst.

Ein anderes Paar, ebenfalls aus Bern, berichtet, die Betreuungskosten seien mit Abstand ihr grösster Haushaltsposten. 57 000 Franken pro Jahr kostet es, wenn ihre zwei Kinder in der Kita an vier Tagen die Woche betreut würden – also fast 5000 Franken monatlich. Wie viel die Eltern bezahlen müssen, hängt jedoch auch massgeblich vom Wohnort ab. Je nachdem werden die Plätze in grösserem oder kleinerem Umfang von Kanton oder Gemeinde subventioniert – teilweise liegen diese Beiträge um 2000 Franken auseinander.

Besonders krass ist das fiktive Beispiel eines Paars aus dem Kanton Uri, über das die «Urner Zeitung» 2022 berichtet hat: Trotz Unterstützung durch die öffentliche Hand mache eine Urner Familie jeden Monat rund 400 Franken rückwärts, wenn die Mutter vierzig Prozent (mit einem angenommenen Netto-Lohn von rund 1600 Franken) und der Vater hundert Prozent arbeite und die zwei Kinder zwei Tage pro Woche in der Kita sind. Die Betreuung koste die Familie mehr als das, was die Mutter in dieser Zeit verdiene.

«Unser jetziges System sendet die Botschaft an die Mütter aus: Bleiben Sie zuhause.» So brachte es der SP-Politiker Matthias Aebischer 2023 im Nationalrat auf den Punkt.

Kinder? Privatsache!

Aber warum tut sich die Schweiz so schwer damit, arbeitenden Eltern unter die Arme zu greifen? Die Berner Nationalrätin Kathrin Bertschy ist Ökonomin und als Co-Präsidentin von Alliance F eine der führenden Stimmen im Krippen-Dossier. Für Bertschy gibt es drei Gründe, weshalb die Schweiz bei der Kita-Finanzierung das europäische Schlusslicht bildet. Erstens: Das kulturelle Narrativ. Traditionell werde in der Schweiz die

Ein typisches Manöver bei Gleichstellungsthemen: Lange nicht ernst nehmen, dann Ausflüchte suchen

Devise hochgehalten, dass Kinder Privatsache seien und der Staat sich rauszuhalten habe. Ausserdem wirke sich aus, dass Frauen durch das späte Abstimmungs- und Wahlrecht erst verzögert politisch mitreden konnten und sich patriarchale Muster länger halten konnten. Da ja insbesondere die Männer profitierten, wenn die Frauen zuhause bleiben, sei bei diesen wenig Motivation da, die an sich bequeme Situation zu verändern.

Den zweiten Grund ortet Kathrin Bertschy darin, dass das Kita-Dossier sowohl die Gleichstellungs- wie die Familien- und Sozialpolitik tangiere und es darum keine klare Rollenteilung zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden gebe. «Das ermöglicht jeder Staatsebene, den Ball einfach weiterzuschieben.» Und drittens: «Um einen Wechsel herbeizuführen, braucht es in einer Demokratie wie der unsrigen viel mehr Überzeugungsarbeit als in einem System mit Mehrheitsregierung.» Dort könne die Koalition an der Macht ihre Projekte auch gegen den Willen der Opposition durchdrücken. Gesellschaftliche Fortschritte könnten in solchen Systemen viel rascher erzielt werden.

Man muss nicht in allen Punkten mit Bertschy einig sein, um festzustellen, dass die Schweiz im europäischen Vergleich nicht nur bei der Kinderbetreuung, sondern auch bei anderen familienpolitischen Vorlagen im Rückstand ist. Während etwa alle Nachbarländer längst eine mehrmonatige, bezahlte Auszeit für beide Elternteile eingeführt haben, kennt die Schweiz nur einen 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub für die Frau – und seit Kurzem einen zehntägigen Vaterschaftsurlaub. Während Frankreich zumindest einem Teil der erwerbstätigen Frauen bereits ab 1910 eine Lohnfortzahlung nach der Geburt gewährte, wurde die Mutterschaftsentschädigung in der Schweiz knapp hundert Jahre später, nämlich 2005, eingeführt. Bei den Kitas droht sich die Geschichte zu wiederholen.

"Jetzt haben wir eine Chance"

Als das Geschäft «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» im März 2023 erstmals ins nationalrätliche Plenum kommt, wäre es um ein Haar gar nicht erst zur Debatte gekommen: Beat Walti, damals noch Präsident der FDP-Fraktion, fordert überraschend, dass das Geschäft vertagt wird. Als Grund gibt er an, um die Bundesfinanzen sei es zu schlecht bestellt. Man könne aktuell keine neuen Ausgaben beschliessen. Tatsächlich zeichnet sich ab, dass der Bund auf tiefrote Zahlen zusteuert.

Und doch erklärt das Finanzloch nicht alles. Zu typisch sind solche taktischen Manöver im Parlament, wenn es um Gleichstellungsthemen geht: Zunächst wird ein Anliegen lange nicht ernst genommen, und wenn das nicht mehr möglich ist, sucht man Gründe, weshalb der Zeitpunkt gerade ungünstig, der gewählte Weg der Falsche sei. So war es auch, als der Nationalrat debattierte, wie die Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern durchgesetzt werden kann. Ebenso bei den Geschlechterquoten an der Spitze von börsenkotierten Unternehmen. Doch diesmal verfängt die Taktik nicht: Deutlicher als von vielen erwartet, heisst der Nationalrat im Frühling 2023 die «Überführung der Anstossfinanzierung in eine zeitgemässe Lösung» gut. «Da habe ich zum ersten Mal gedacht, jetzt haben wie eine Chance», erinnert sich Bertschy. Erreicht war damit aber nur ein Etappensieg.

Damit ein neues Gesetz in Kraft treten kann, muss es nämlich von National- und Ständerat gutgeheissen werden. Nach dem Ja im Nationalrat übernahm deshalb die Bildungskommission des Ständerats das Geschäft. Es wird gemunkelt, dass man sich dort extra viel Zeit gelassen habe, damit das Geschäft erst nach den Wahlen behandelt werden kann. Denn damals zeichnete sich ein Rechtsrutsch ab, der dann im Herbst 2023 auch eintrat: Die SVP konnte stark zulegen, während Grüne und Grünliberale Sitze einbüssten. Für die Kita-Vorlage verhiessen diese neuen Mehrheitsverhältnisse nichts Gutes.

Als sich die Bildungspolitiker:innen des Ständerats schliesslich im Spätherbst 2023 treffen, um das Geschäft zu beraten, kommt es auf dem Bundesplatz zu einer ungewöhnlichen Szene: Noch bevor sie das Bundeshaus betreten können, werden sie von einem Mann abgefangen. Maurice Lindgren ist Leiter Politik des Schweizerischen Ingenieursverbands und Familienvater aus Bern. Er ist an diesem Morgen im Auftrag des Frauendachverbands Alliance F unterwegs. Der Walliser Ständerätin Marianne Maret übergibt er schliesslich einen dicken Umschlag.

Darin stecken 3000 anonymisierte Kita-Rechnungen von Eltern schweizweit, die Alliance F gesammelt hatte: 53 400 Franken pro Jahr für die Betreuung von zwei Kindern in einer Krippe im zürcherischen Wallisellen, 48 800 Franken pro Jahr für zwei Geschwister, die eine Tagesstätte in Egerkingen im Kanton Solothurn besuchen. Lindgren hat auch seine eigene Kita-Rechnung dabei: 57 000 Franken bezahlten er und seine Frau letztes Jahr, damit ihre zwei Buben an vier Tagen die Woche in einer Kita in Bern betreut wurden.

«Viele Bildungspolitiker haben damals ungläubig reagiert», erzählt der 37-Jährige ein Jahr später beim Treffen in einem Café in Bern. Ihm sei es darum gegangen, die Mitglieder der Kommission mit seinem konkreten Fall aufzurütteln, ihnen zu zeigen, wie viel die externe Betreuung tatsächlich kostet.

Alle sollen zahlen

Ob die Aktion etwas gebracht hat? Die Bildungskommission des Ständerats wartet im Februar dieses Jahres jedenfalls mit einer ungewöhnlichen Lösung auf. Es ist zwar üblich, dass ein Geschäft neue Impulse erhält, wenn es in den Zweitrat wechselt. Im Fall der Kita-Vorlage aber liess die Bildungskommission der kleinen Kammer kaum ein gutes Haar am Entwurf ihrer Schwesterkommission. Geblieben vom ursprünglichen Vorschlag war nur die Idee, die Eltern um zwanzig Prozent zu entlasten. Alles andere war anders: Nicht der Bund, sondern die Arbeitgeber:innen sollen neu die 700 Millionen Franken schultern. Dies, da auch die Arbeitgebenden mithelfen müssten, den Fachkräftemangel zu bekämpfen, wie die Kommission ihren Entscheid begründete.

Spätestens ab diesem Zeitpunkt war klar: Der Arbeitgeberverband, bis dahin ein wichtiger Befürworter, stand unter diesen Bedingungen nicht mehr hinter dem Anliegen; die Kita-Allianz war gebrochen. Das Argument, die Wirtschaft profitiere von günstigeren Kita-Plätzen, greife viel zu kurz, erklärt Chefökonom Wey die Abkehr. «Genauso könnte man sich auf den Standpunkt stellen, die Wirtschaft müsse den Unterhalt der Strassen mitfinanzieren. Schliesslich profitiert sie auch, wenn der Verkehr flüssig rollt und die Mitarbeitenden reibungslos zum Arbeitsplatz kommen.»

Und so kommt es, dass die vier Ständerätinnen an diesem Oktobermorgen in der «Galerie des Alpes» einmal mehr auf dieselbe Frage zurückgeworfen sind, die das Dossier seit Jahren blockiert: Wer soll die 700-Millionen-Franken-Rechnung bezahlen? Für die vier Frauen ist klar: Die Vorlage hat nur noch eine Chance, wenn es zu einer Mischfinanzierung kommt. «Alle sollen mitzahlen, niemand darf sich aus der Verantwortung stehlen», sagt Wasserfallen. Der Antrag, den Gmür-Schönenberger in wenigen Minuten in der Kommission einreichen wird, sieht darum vor, dass Bund, Kantone, Arbeitgebende und Arbeitnehmer:innen je einen Viertel der Kosten übernehmen.

«Es muss jetzt ein Umdenken stattfinden», sagt die Mitte-Politikerin. «Sonst haben am Schluss wieder die Frauen das Nachsehen.» Auch FDP-Kollegin Gapany findet, die Zeit des Lavierens sei vorbei. «Wir müssen nun endlich Antworten liefern und den Eltern signalisieren, dass die Politik das Problem der hohen Kita-Kosten ernst nimmt.»

Ein Blick auf die Uhr, ein letzter Schluck Kaffee, dann eilen die vier Frauen durch die spärlich beleuchteten Gänge des Bundeshauses davon: Die Kommissionssitzung ruft.

Noch steht in den Sternen, ob die anderen Bildungspolitiker:innen sich für die Idee der Mischfinanzierung begeistern lassen. Vielleicht kommen bis zum Beginn der Debatte im Ständerat in der Wintersession, die am 2. Dezember startet, weitere Anträge hinzu. Vielleicht findet auch plötzlich wieder jemand, die Debatte müsse vertagt werden, weil der Zeitpunkt gerade ungünstig sei.

Vielleicht aber wird nun endlich das finale Kapitel dieser langen Geschichte geschrieben. Vielleicht schaffen es die vier Bildungspolitikerinnen, dass die Schweiz diesem gesellschaftspolitischen Schritt endlich näherkommt.

"Jetzt muss ein Umdenken stattfinden. Sonst haben am Schluss wieder die Frauen das Nachsehen"

Andrea Gmür-Schönenberger, Ständerätin

STÄRKUNG

RATGEBER, AUF DIE SIE SICH VERLASSEN KÖNNEN.

BEGLEITUNG NACH SEXUALISIERTER GEWALT

Die Expert:innen Agota Lavoyer und Sim Eggler geben in diesem Handbuch Antworten, die ermächtigen und stärken sollen. Sie unterstützen Betroffene darin, die Gewalt einzuordnen und ihre Reaktionen zu verstehen.

JETZT BESTELLEN:
beobachter.ch/shop
buchshop@beobachter.ch
058 510 73 08

Agota Lavoyer, Sim Eggler
Ermutigt.
270 Seiten, CHF 39.–

Beobachter EDITION